

40 Jahre

turbine

Mitteilungsblatt der DKP für Industriebeschäftigte

TURBINE Ausgabe Nr. 02

Dezember 2011

Jahrgang 40

Inflation frisst Löhne und Gehälter auf

Was macht die Lohn- und Gehaltspolitik der IG Metall?

In den Taschen der Arbeiter und Angestellten ist nichts angekommen

Arbeiten in Deutschland lohnt sich immer weniger. Die Reallöhne der deutschen Arbeiter sinken Jahr für Jahr immer weiter nach unten, auch wenn es in den Konzernkassen wieder ordentlich klingelt. Die Kaufkraft bleibt deutlich hinter der Inflation zurück.

Dies ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Dieser Trend wird, falls nicht genügend Widerstand entwickelt wird, trotz lauthals verkündeten Aufschwungs und trotz des Gejammers der Kapitalisten vom angeblichen Fachkräftemangel sich noch weiter verschlimmern.

Das monatliche Realeinkommen eines mittleren Angestellten zwischen 2008 und 2010 ist um 1,5 Prozent gesunken, seit 2005 um sieben Prozent.

Reallohnverlust bedeutet einen deutlichen Kaufkraftverlust. Nach den DIW-Berechnungen lag das durchschnittliche reale Bruttoeinkommen - also unter Einbeziehung der Inflation - 2005 bei 2.087 Euro. Fünf Jahre später aber habe es nur noch 1.941 Euro erreicht.

Der Lohndruck trifft nicht nur Geringqualifizierte.

Das habe zwar einerseits dazu geführt, dass Deutschland international wettbewerbsfähiger wurde - wegen stagnierender oder gar sinkender Lohnkosten für die Unternehmen. Die Schattenseite ist jedoch, dass viele Arbeitnehmer we-

niger Geld zur Verfügung haben. Das betrifft nicht nur den 400-Euro-Jobber in der Kneipe, sondern auch gut aus-

Nur die Reichen profitieren

Deutschland wächst nur noch für die Reichen. Während der Reallohn für Otto Normalverdiener zwischen 2000 und 2010 um 2,5% sank, ist das private Geldvermögen seit 2000 um 39 % auf die schwindelerregende Summe von 4.880.000.000.000 Euro gestiegen. Die Hälfte ist im Besitz von 1 Prozent der Bevölkerung. Allein im Jahr 2010 vermehrten die Reichen in Deutschland ihr Geldvermögen um 220 Mrd. Euro. Ein Zuwachs, mehr als doppelt so hoch wie beim Bruttoinlandsprodukts mit 101 Mrd. Würde man den Millionären nur die Hälfte des Zuwachses ihre Geldvermögens wegsteuern, hätte der Staat 110 Mrd. mehr Steuereinnahmen und die Finanzmärkte weniger zum spekulieren. ★

gebildete und erfahrene Beschäftigte. Der Trend setzt sich laut Grabka aber auch bei Berufseinsteigern fort: "Junge Menschen beginnen ihr Be-

rufsleben heute mit deutlich niedrigeren Einkommen als noch vor zehn Jahren." Selbst ausgezeichnete Qualifikationen und machbare Lebensläufe seien mittlerweile keine Versicherung mehr gegen schmale Einstiegsgehälter.

Lohn- und Gehaltsrunde 2012 Nicht kleckern - klotzen

Neben den im Januar beginnenden Wahlen der Metall-Vertrauensleute in den Betrieben muss auch die Tarifrunde 2012 eingeläutet werden. Die Diskussion um die Höhe einer Tarifforderung beginnt in den Betrieben. Als die ersten Repräsentanten der IG Metall in den Betrieben, haben die Vertrauensleute auch das erste Wort. Was muss rein in die Proletariertasche um dem Ziel „Kurswechsel - für eine gutes Leben“ nach dem Motto der IG Metall gerecht zu werden. An dieser Frage hängen die Forderungskomponenten die Inflations- oder Preisrate, die permanente Steigerung der Produktivität in den Betrieben und ein so genannter Umverteilungsfaktor der den Kurswechsel am gesellschaftspolitischen Umverteilungsprozess mit der Lohnquote zu Gunsten der kleinen Leute verbessert.

Im Kampf um diskriminierende Beschäftigungsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge usw. und für humanere Beschäftigung muss die Wochenarbeitszeit verkürzt werden. ★

Tarifliche Hungerlöhne und der CDU-Mindestlohn

Wo Lohnuntergrenze drauf steht, ist noch lange kein Mindestlohn drin. Das zeigt in aller Deutlichkeit der Beschluss des CDU-Parteitag. Dieser Beschluss ändert kaum etwas an der jetzigen Situation.

Mit dem Mindestlohn, wie ihn die Gewerkschaften schon lange fordern, hat dies rein gar nichts mehr zu tun. Denn der sollte ein Mindestkriterium erfüllen: **Die Menschen sollen von ihrer Arbeit leben können.**

Wir leben in der kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland, einem der reichsten Länder der Erde. Wie überall, wo der Profit der Maßstab aller Dinge ist, werden auch die Reichen hierzulande immer reicher, die Armen immer ärmer.

- ✱ Mit einer Lohnuntergrenze werden ganz viele Menschen in Deutschland von ihrer Arbeit nicht leben können.
- ✱ Sie ist eine Mogelpackung.
- ✱ Nur ein gesetzlicher Mindestlohn schafft Klarheit.

Arbeitszeitverkürzung

Bei einer verfestigten Massenarbeitslosigkeit, bei der mit rund 3 Millionen registrierter Arbeitslosen nur jeder zweite Erwerbslose gezählt wird, wurde in den letzten Jahren die Kampfkraft der Belegschaften und ihrer Gewerkschafter erheblich geschwächt. Das findet seinen Ausdruck in der Hyperflexibilisierung der Arbeitszeiten und vor allem in der Ausweitung von Arbeitszeiten, meist ohne Lohnausgleich, oft erpresst mit der „Standortsicherung“.

Diese Situation ist u.a. gekennzeichnet durch:

- ✱ Tendenziell steigende tarifliche Arbeitszeiten, vielfach durch

Regionale und branchenspezifische Besonderheiten

Der CDU-Beschluss sieht unter anderem vor, dass auf regionale und branchenspezifische Besonderheiten Rücksicht genommen werden soll. Was ist das anderes als die jetzige Situation? Davon haben weder Wachleute noch Friseurinnen, die in Ostdeutschland oft nur fünf Euro die Stunde verdienen, einen Vorteil. Mit dieser Festlegung ist - wie schon zurzeit - alles nach unten offen. Die CDU will, dass eine Kommission die jeweilige Lohnuntergrenze aushandelt. In ihr sollen

Arbeitgeber und Arbeitnehmer sitzen. Konkret bedeutet das, dass die Arbeitgeber den Mindestlohn durch ihr Veto blockieren können. Da die



Arbeitgeber generell gegen Mindestlöhne sind, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass sie Mindestlöhne torpedieren. Zudem könnte die Arbeitgeberseite eine Lohnuntergrenze befürworten, die viel zu niedrig ist. Der Beschluss der CDU zur Lohnuntergrenze gibt keine Antworten darauf, was in einem solchen Fall passieren soll.

Mindestens 10 Euro

Der jetzt verabschiedete Beschluss lässt der Wirtschaft viele Hintertüren offen. Deshalb muss ein gesetzlicher Mindestlohn her. Denn nur der schafft Klarheit. Um Armutslöhne bekämpfen zu können, brauchen die Beschäftigten als "Einstieg" mindestens 10,- Euro die Stunde.

Wir müssen weiter um den gesetzlichen Mindestlohn kämpfen. Uns von den Hungerlöhnen zu erlösen, können wir nur selber tun!



eine 35 Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich, mit der Perspektive der 30 Stundenwoche.

Renteneintritt mit 60 Jahren. eine gesetzliche Beschränkung von 8 Stunden am Tag und 40 Stunden wöchentlich im Arbeitszeitgesetz in einer 5-Tage-Woche und bei Erhalt des freien Wochenendes.

Einschränkung, langfristig Verbot von Leih- und Zeitarbeit, sofort gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

ein gesetzlicher Mindestlohn von 10,- Euro pro Stunde.

Die Durchsetzung dieser Forderungen kann die gewerkschaftliche Losung aufnehmen: "Für ein besseres Leben".

Öffnungsklauseln befördert. Arbeiten bei bereits wieder über 40 Wochenstunden liegenden Arbeitszeiten.

Unbezahlte Arbeitszeiten in der Freizeit und im Urlaub. Zunehmende Entgrenzung zwischen Arbeitszeit und Freizeit.

Eine deutliche Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ermöglicht eine Umverteilung der Arbeit zwischen Beschäftigten und Arbeitslosen, zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigten. Aber auch der Gewinne aus dem Produktivitätsfortschritt den sich das Kapital allein einverleibt.

Die DKP tritt ein für:

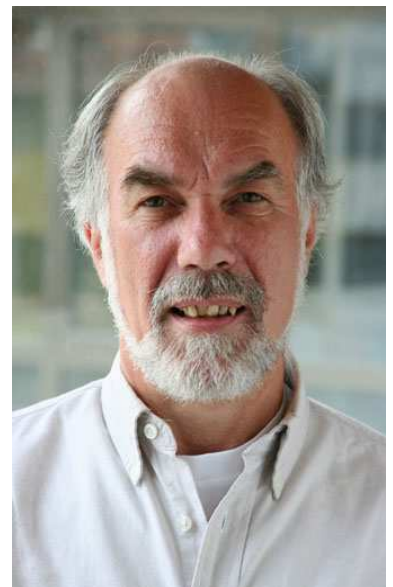
Kostenlose Kindergärten

DKP-Stadtrat R. Püschel:

Warum nicht auch in Heidenheim?

In der Gemeinderatssitzung am 8. November 2011 wurde auch über die von der Heidenheimer Stadtverwaltung vorgeschlagenen Anpassung der Kindergartengebühren diskutiert. Die Fraktion „Die Linke/DKP“ war sich einig, dieser Erhöhung nicht zuzustimmen. Für die Fraktion sprach DKP-Stadtrat Reinhard Püschel. Er verwies in seiner Rede darauf, dass es in unserem Land zunehmend die Ansicht gibt, die Kindergärten kostenlos anzubieten. In etlichen Kommunen, wie z.B. in Heilbronn, würden keine Kindergartengebühren verlangt. Püschel: „Warum nicht auch in Heidenheim?“ Er machte den Vorschlag dass Heiden-

heim sich mit den Kommunen solidarisieren sollte die keine Gebühren verlangten. Heidenheim sollte Beispielgebend voran gehen. In seiner Antwort auf Püschels Argumente antwortete Oberbürgermeister Ilg (CDU) dass auch er einen kostenlosen Kindergarten befürwortete. Aber das können wir nicht machen, denn Bund und Land müssten für die finanziellen Kosten aufkommen, meinte der OB. Im Verlauf der Diskussion stellte Püschel den Antrag, zumindest der Anpassung nicht zuzustimmen. CDU und Freie Wähler stimmten gegen den Antrag und die SPD wie auch die Grünen enthielten sich mehrheitlich der Stimme. Nur 5 Stadträte stimmten für den Antrag der Linken/DKP.



DKP Stadtrat R. Püschel

Auch Heidenheim ist dabei

Kinder- und Altersarmut

Warum kein Armutsbericht für Stadt und Landkreis?

Kinder- und Altersarmut, ist es Wahrheit und Realität? Trifft beides in unserer „Überflussgesellschaft“ zu? Sind es Minderheiten die vernachlässigt werden? Scheuen sich unsere Kommunal- und Kreistagspolitiker sich mit den Fakten zu beschäftigen? Oder ist es ihnen einfach peinlich, sich mit sozialen Wahrheiten zu beschäftigen? Honoratiorenpolitik und denen da „Oben“ einfach zuzustimmen ist einfach angenehmer?

Wie kann es sonst anders sein, als dass seit Jahren die Anträge der DKP nach einem Sozial- und Armutsbericht permanent ignoriert werden.

Wie ist die Bilanz der Mieten in Heidenheim?

Die Mieten in Heidenheim werden bei schlechter Mieterbetreuung und mangelnder Bauunterhaltung schleichend erhöht. Wenn in Deutschland die Zahl der Wohngeldempfänger im Vergleich zum Vorjahr um 50 Prozent steigen, ist Heidenheim nicht ausgeklammert.

Wie viel wohngeldberechtigte Haushalte in Heidenheim?

Wohngeldberechtigt sind einkommensschwache Haushalte. Mit einem Anteil von 56 Prozent stellen Einpersonenhaushalte den größten Empfängerkreis und knapp jeder vierte Wohngeldempfänger lebt in einem Haushalt mit vier oder mehr Personen.

Wie viel Obdachlosigkeit und Notunterkünfte

Die Wohnungslosenhilfe, laut Caritas Heidenheim, ist in nahezu allen Bereichen von Wachstumsraten geprägt Auffällig bei Obdachlosigkeit ist ein hoher Frauenanteil. Im Altersvergleich sind die 20 bis 30 -jährigen die größte Gruppe.

Versagt dieser Sozialstaat?

Die Zahl der Familien und ihr Gang zum Sozialamt und zum Caritas-Tafelladen wird für Familien mit mehr als zwei Kinder immer größer. Es ist zur politischen Entscheidungsfindung wichtig zu wissen, wie hoch z.B. die Kinder- und Altersarmut in Heidenheim und im Landkreis ist.

Heute schon ist der Schritt in die Armut für Senioren in der Mehrzahl Witwen zum Caritas Tafelladen die letzte Rettung um über die Runden zu kommen. Wie hoch ist der Bevölkerungsanteil von Personen und Familien mit Hartz IV oder SGB II Einkommen und wie ist der Anteil an Privatinsolvenzen bei Arbeitnehmer, Rentner, Arbeitslose, und Auszubildende.

Sozialbericht versprochen.

Jetzt zum Ende des Jahres will die Kreisverwaltung der Forderung der DKP nach einem Armutsbericht in Teilen entgegenkommen. Wie in einem Schreiben an DKP Stadtrat Püschel von der Kreisverwaltung mitgeteilt wurde, verweigert die Kreisverwaltung nach wie vor einen gesonderten wie von der DKP geforderten spezifischen Armutsbericht. Alternativ dazu wird die Landkreisverwaltung im Zusammenhang mit den Beratungen zum Haushalt 2012 jedoch einen aktualisierten und erweiterten Sozialbericht, als Fortschreibung der im September 2010 erstellten Sozialstudie, in die Kreisgemeinden einbringen.

Für die DKP weist diese Entwicklung, die der Hartnäckigkeit der DKP geschuldet ist, in die richtige Richtung.

Beispielhaft die neue Landesregierung. Im Koalitionsvertrag ist versprochen eine

7.000.000.000. Welche Zukunft?

Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. 37.000 Menschen verhungern jeden Tag und fast eine Milliarde sind permanent schwerstens unterernährt. Und derselbe World-Food-Report der FAO, der alljährlich diese Opferzahlen gibt, sagt, dass die Weltlandwirtschaft in der heutigen Phase ihrer Entwicklung problemlos das Doppelte der Weltbevölkerung normal ernähren könnte.

Schlussfolgerung: Es gibt keinen objektiven Mangel, also keine Fatalität für das tägliche Massaker des Hungers, das in eisiger Normalität vor sich geht.

Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.

Jean Ziegler

Armuts- und Reichtumsberichterstattung einzuführen. Dieses Ansinnen aus Stuttgart muss auch für die Städte und Kreise Vorbildfunktion übernehmen.



Nicht reden - handeln!

NPD-Verbot jetzt, V-Leute abschalten

In der Zeit von 1933 bis 1945 verspürten viele bürgerliche Demokraten, Sozialdemokraten, Linke, Sozialisten und Kommunisten, jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, Sinti und Romas, Homosexuelle, Menschen und Kinder mit Behinderungen, die Gewalt des Hitlerfaschismus in den Gefängnissen und den Konzentrationslagern in allen Ländern Europas.

Heute sind Neofaschisten in fast allen Ländern Europas vernetzt, leugnen den Holocaust, sind fremdenfeindlich und treten militant auf, morden seit Jahren, wie es gegenwärtig in der BDR in erschreckender Weise bekannt wird.

Ja, sie die Verfassungs- und Staatsschützer haben sich seit Jahren mit den Neofaschisten und der NPD eingelassen. Die Verwaltungsorgane in den Kommunen und die Verwaltungsgerichte schlugen sich jahrelang auf die Seite der Neofaschisten in dem sie die fremdenfeindlichen Demonstrationen

zuließen. Sie setzten die Polizei zum Schutz ihrer fremdenfeindlichen Auftritte ein und kriminalisierten so die anständigen Demokraten und Antifaschisten.

Wie ist dieser politische Schaden, den diese Staatsorgane verursacht haben gut zu machen? Ein Staatssicherheitsdienst der mit den Faschisten kooperiert ist aufzulösen. So sind auch die V-Leute abgeschaltet und so kann die NPD, eine Forderung von Millionen Demokraten verboten werden. Eine Politik die dem Antifaschismus verpflichtet ist, so wie es unser Grundgesetz verlangt. Arbeits- und Ausbildungsplätze für die Jugend, eine Schul- und Hochschulbildung die dem Humanismus und der Friedenpolitik verbunden ist, und soziale Sicherheit für Jedermann. Die Politik ist verpflichtet Schaden vom Volk abzuwenden. Denn der Neofaschismus ist das Verbrechen nicht der Widerstand. ★

DKP im Visier faschistischer Mörderbanden

Noch Ende des vergangenen Monats wurde der DKP-Parteivorstand sowie der Bundesvorstand der SDAJ von der Polizei und dem Staatsschutz unterrichtet, dass sie mit Adressen und Telefonnummern auf der Liste der Neonazis stehen, die im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen die neonazistische Gruppierung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) gefunden wurden.

Für uns Kommunistinnen und Kommunisten ist es einmal mehr Anlass, gemeinsam mit möglichst vielen Menschen in breiten gesellschaftlichen Bündnissen die Durchsetzung des im Grundgesetz verankerten Verbots aller faschistischen Organisationen zu fordern, und den Nazis offen entgegenzutreten.

Denn der Neofaschismus ist das Verbrechen, nicht der Widerstand.

Kiesewetter (CDU-MdB) will Reservistenverbände von Neonazis säubern (HNP 01.12.2011)

In der neuen zivil-militärischen und strategischen Ausrichtung der Bundeswehr übernehmen die Reservistenverbände militärische Aufgaben im Innern. Nicht nur im Katastrophenschutz, auch stellvertretend für Polizeieinsätze bei demokratischen „Katastrophen“ wie z.B. bei Streiks und anderen demokratischen Widerstandsaktionen. Kiesewetter ist „Vereins“-Präsident und somit auch „Oberbefehlshaber“ von 120.000 Mitgliedern und er betreut 1,2 Millionen wehrüberwachte Reservisten. Dass diese Vereinigung einen gelegenen Unterschlupf für Neonazis bietet, um sich an der Waffe auszubilden, ist leicht möglich. Für CDU-MdB Kiesewetter stellt diese Säuberungsaufgabe in den Kreis- und Ortsverbänden der BRD eine, möglicherweise, unlösbare Aufgabe dar. Besser ist es, diese militärische Tradition vor Ort einfach aufzugeben. ★

VVN-BDA Antifa-Meldungen

Zusammengestellt von P.C.Walther

Rechte Straftaten

Im 1. Halbjahr 2011 und zusätzlich im Monat Juli wurden nach offiziellen Angaben in der Bundesrepublik 8.763 neonazistische und rechte Straftaten, darunter 443 Gewaltdelikte, registriert. Wie immer handelt es sich dabei um vorläufige Zahlen.

NPD an Waffen

NPD-Funktionäre nehmen an Schießübungen des **Reservistenverbandes der Bundeswehr** teil und gelangen dabei auch an Waffenbesitzkarten und Waffen. Das geht aus einem E-Mail-verkehr im NPD-Spektrum hervor. Der Vizepräsident des Reservistenverbandes, Michael Sauer, bestätigte die Mitgliedschaft der NPD-Funktionäre.

Im Dienste des BND

Mehrere Jahre stand der ehemalige SS-Obersturmbannführer und Judenvernichtungsspezialist Walter Rauff (Entwickler und Betreiber der mobilen Vergasungswagen) im Dienste des Bundesnachrichtendienstes. Angeworben worden war Rauff von seinen SS-Kameraden Wilhelm Beissner und Rudolf Oebser-Röder, die ebenso wie zahlreiche andere ehemalige SS-Führer und Kriegsverbrecher beim BND beschäftigt waren.

Folgenlos

Juristisch folgenlos bleibt der vor rund zweieinhalb Jahren an einer Autobahnraststätte in Thüringen stattgefundene Überfall von Neonazis auf Gewerkschafter. Weil die Täter sich nach Schweden zurückgezogen und sich gegenseitig Alibis gegeben hätten, stellte die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen ein. Auch die Aussagen der Belastungszeugen seien widersprüchlich gewesen.

Erinnerung, Mahnung - Widerstand -

In der Nacht vom 19. auf 20.12.2003 ermordete in Heideneim ein jugendlicher Neonazi vor der damaligen Kulturbühne K2 drei jugendliche Mitbürger. Wir erinnern an die Morde und verbinden damit die Forderung: **Verbot aller neofaschistischer Organisationen und Verbot der NPD.** ★